



Roßdorf, den 16.04.2024

B e k a n n t m a c h u n g

**Am Montag, den 22.04.2024, 19:00 Uhr,
findet im Gemeindesaal der Rehberghalle
in Roßdorf, Ringstraße 61,**

eine öffentliche Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Soziales statt.

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Beratungsniederschrift vom 11.12.2023
5. Erlass einer Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Gemeinde Roßdorf (Obdachlosensatzung)
6. Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf
7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Re-Installierung und Erweiterung Runder Tisch Kinderbetreuung

Mit freundlichen Grüßen

Dolores Koop
Ausschussvorsitzende



Beschlussvorlage

Vorlage Nr. I/VL-4/2024

Datum

05.04.2024

Gemeinde Roßdorf

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|--|------------|-----------------|
| Gemeindevorstand | 10.04.2024 | vorberatend |
| Ausschuss für Sport, Kultur und Soziales | 22.04.2024 | vorberatend |
| Haupt - und Finanzausschuss | 23.04.2024 | vorberatend |
| Gemeindevertretung | 26.04.2024 | beschließend |

Betreff:

Erlass einer Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Gemeinde Roßdorf (Obdachlosensatzung)

Anlage(n):

1. Obdachlosensatzung -Entwurf-

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der beiliegenden Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Gemeinde Roßdorf (Obdachlosensatzung) wird zugestimmt.

Begründung:

Für die Liegenschaften in der Gemeinde Roßdorf gibt es keinerlei Vorgaben / Regelungen bezüglich der

- Belegung
- Unterbringung
- Nutzung
- Hausrecht
- Hausordnung
- Gebühren und
- Räumung, pp.

der Unterkünfte. Dies ist aber zwingend erforderlich, um rechtlich agieren zu können. Es ist daher notwendig eine „Obdachlosensatzung“ zu erlassen, um das gemeinschaftliche Leben in den Unterkünften regeln zu können. Der Satzungsentwurf wurden durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) geprüft. Es gab keine Beanstandungen.

Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Klimaauswirkungen:

Durch den Beschluss sind keine negativen Klimaauswirkungen zu erwarten.

Finanzielle Auswirkung:

Buchungsstelle:

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung: Ja Nein

Zustimmung nach § 100 HGO ist erforderlich: Ja Nein

Norman Zimmermann
Bürgermeister

() einstimmig - dafür - dagegen - Enthaltungen



Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Gemeinde Roßdorf (Obdachlosensatzung)

Aufgrund der §§ 5 und 19 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), i.V.m. §§ 1, 2 und 10 des Gesetzes über Kommunale Abgaben in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. 2013, S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20.07.2023 (GVBl. S. 582), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Roßdorf am 26.04.2024 folgende Satzung beschlossen:

Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Gemeinde Roßdorf (Obdachlosensatzung)

§ 1 Rechtsform/ Anwendungsbereich

- (1) Zur vorübergehenden Unterbringung von Obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Personen unterhält die Gemeinde Roßdorf Obdachlosenunterkünfte als öffentliche Einrichtungen. Die Unterkünfte können sich in gemeindeeigenen oder angemieteten Gebäuden im Gemeindegebiet befinden.
- (2) Die Obdachlosenunterkünfte dienen der Aufnahme und vorübergehenden Unterbringung von Personen, die obdachlos sind oder sich in einer außergewöhnlichen Wohnungsnotlage befinden und die erkennbar nicht fähig sind, sich selbst eine Unterkunft oder Wohnung zu beschaffen.
- (3) Die Obdachlosenunterkunft wird der oder dem Obdachlosen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Zwischen ihr und der oder dem Obdachlosen besteht kein privates Rechtsverhältnis, insbesondere kein Mietverhältnis.

§ 2 Benutzungsverhältnis

Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich ausgestaltet. Ein Rechtsanspruch auf die Unterbringung in Räumen bestimmter Art und Größe innerhalb der Unterkunft besteht nicht.

§ 3 Beginn und Ende der Nutzung

- (1) Das Benutzungsverhältnis wird durch schriftliche Verfügung begründet. Es beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem die Benutzerin oder der Benutzer die Unterkunft bezieht.
- (2) Die Beendigung des Benutzungsverhältnisses erfolgt durch schriftliche Verfügung der Gemeinde. Soweit die Benutzung der Unterkunft über den in der Verfügung angegebenen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt wird, endet das Benutzungsverhältnis mit der Räumung der Unterkunft. Gründe für die Beendigung des Benutzerverhältnisses bzw. einer Räumung oder Umsetzung sind insbesondere, wenn
 - a) die oder der eingewiesene Obdachlose sich eine andere Unterkunft verschafft hat,
 - b) die Unterkunft im Zusammenhang mit Umbau-, Erneuerungs-, oder Instandsetzungsarbeiten geräumt werden muss,
 - c) bei einer angemieteten Unterkunft das Mietverhältnis zwischen Gemeinde und dem Dritten beendet wird,
 - d) die oder der Eingewiesene die Unterkunft nicht mehr selbst bewohnt, sie ohne schriftliche Zustimmung der Gemeinde nicht mehr ausschließlich als Wohnung benutzt oder sie nur zur Aufbewahrung von Hausrat verwendet,

- e) die oder der Eingewiesene Anlass zu Konflikten gibt, die zu einer Beeinträchtigung der Hausgemeinschaft oder zu Gefährdungen von Hausbewohnern und/oder Nachbarn führen und die Konflikte nicht auf andere Weise beseitigt werden können,
- f) die Unterkunft länger als zwei Wochen nicht in Anspruch genommen wird. Sie gilt in diesem Falle ohne Anzeige der eingewiesenen Person als geräumt und kann von der Obdachlosenbehörde anderweitig belegt werden. Eingebraachte Sachen der eingewiesenen Person werden für die Dauer von drei Monaten ab der Räumung der Unterkunft von der Obdachlosenbehörde verwahrt und anschließend verwertet bzw. vernichtet,
- g) die oder der Eingewiesene sich nachweislich um eine neue Unterkunft nicht bemüht. Der Nachweis ist gegeben, wenn monatlich sechs Nachweise durch Vorlage des Formulars "Nachweise über die Wohnungssuche" nachgewiesen werden.

§ 4 Gebühren

- (1) Zur Deckung des Aufwandes für die Obdachlosenunterkünfte der Gemeinde Roßdorf werden für die Inanspruchnahme der Obdachlosenunterkünfte Benutzungsgebühren erhoben. Diese orientieren sich grundsätzlich an den Richtlinien (Anzahl der Personen/Wohnfläche) der Kreisagentur für Beschäftigung beim Landkreis Darmstadt in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Schuldnerinnen bzw. Schuldner der Benutzungsgebühren sind die Personen, die in die Obdachlosenunterkunft eingewiesen werden und die Unterkunft nutzen.
- (3) Die Gebühr wird durch Gebührenbescheid festgesetzt und ist zwei Wochen nach dessen Bekanntgabe an die gebührenpflichtige Person zur Zahlung fällig.
- (4) Die Gebühren werden monatlich erhoben.
- (6) Eine vorübergehende Nichtbenutzung der zugewiesenen Unterkunft oder die nur teilweise Nutzung entbindet nicht von der Gebührenpflicht.

§ 5 Benutzung der überlassenen Räume und Hausrecht

- (1) Die als Unterkunft überlassenen Räume dürfen ausschließlich nur von den eingewiesenen Personen und nur zu Wohnzwecken benutzt werden.
- (2) Die Benutzerin/ der Benutzer der Unterkunft ist verpflichtet, die ihr/ ihm zugewiesenen Räume samt dem überlassenen Zubehör pfleglich zu behandeln, im Rahmen der durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung bedingten Abnutzung instand zu halten und nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses in dem Zustand herauszugeben, in dem sie bei Beginn übernommen wurden.
- (3) Veränderungen jeglicher Art, insbesondere Um- und Einbauten sowie Installationen sind untersagt, sofern sie nicht mit schriftlicher Zustimmung vorgenommen werden. Die eingewiesene Person ist im Übrigen verpflichtet, der Gemeinde unverzüglich Schäden am Äußeren oder Inneren der Räume in der zugewiesenen Unterkunft mitzuteilen.
- (4) Die Benutzerin/ der Benutzer bedarf ferner der schriftlichen Zustimmung der Gemeinde, wenn sie/ er
 - a) ein Tier in der Unterkunft halten will,
 - b) in der Unterkunft oder auf dem Grundstück ein Kraftfahrzeug abstellen will.
- (5) Die Zustimmung wird grundsätzlich nur dann erteilt, wenn die Benutzerin/ der Benutzer erklärt, dass sie/ er die Haftung für alle Schäden, die durch die besonderen Benutzungen nach Abs. 3 und 4 verursacht werden können, ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden übernimmt und die Gemeinde insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter freistellt.

- (6) Die Zustimmung kann befristet und mit Auflagen versehen erteilt werden. Insbesondere sind die Zweckbestimmung der Unterkunft, die Interessen der Haus- und Wohngemeinschaft sowie die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zu beachten.
- (7) Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn Auflagen oder sonstige Nebenbestimmungen nicht eingehalten werden, Hausbewohner oder Nachbarn belästigt oder die Unterkunft bzw. das Grundstück beeinträchtigt werden.
- (8) Werden von der Benutzerin/ dem Benutzer ohne Zustimmung der Gemeinde Veränderungen im Sinne des § 5 Abs. 3 vorgenommen, so kann die Gemeinde diese auf Kosten der oder des Benutzers beseitigen und den früheren Zustand wieder herstellen lassen. Die Gemeinde kann darüber hinaus erforderliche Maßnahmen ergreifen, um den Einrichtungszweck zu erreichen.
- (9) Die Beauftragten der Gemeinde sind berechtigt, die Unterkunft in angemessenen Abständen werktags in der Zeit von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr zu betreten. Bei Gefahr im Verzuge kann die Unterkunft ohne Ankündigung jederzeit betreten werden.

§ 6 Instandhaltung der Unterkunft

- (1) Die Benutzerin/ der Benutzer verpflichtet sich, für eine ordnungsgemäße Reinigung, ausreichende Lüftung und Heizung der überlassenen Unterkunft zu sorgen.
- (2) Zeigt sich ein wesentlicher Mangel der Unterkunft oder wird eine Vorkehrung zum Schutze dieser oder des Grundstücks gegen eine nicht vorhersehbare Gefahr erforderlich, so hat die Benutzerin/ der Benutzer diese der Gemeinde unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Die Benutzerin/ der Benutzer haftet
 - a) für Schäden, die durch schuldhaftes Verletzung der ihr oder ihm obliegenden Sorgfalts- und Anzeigepflicht entstehen, besonders wenn technische Anlagen und andere Einrichtungen unsachgemäß behandelt werden,
 - b) wenn die überlassene Unterkunft unzureichend gelüftet wird,
 - c) für Schäden von Haushaltsangehörigen und Dritten, die sich mit ihrer/ seinem Willen in der Unterkunft aufhalten.

Schäden und Verunreinigungen, für die die eingewiesene Person haftet, kann die Gemeinde auf deren Kosten beseitigen lassen.

- (4) Die Gemeinde wird die in § 1 genannten Unterkünfte und die zugehörigen Grundstücke in einem ordnungsgemäßen Zustand erhalten. Die Benutzerin / der Benutzer ist nicht berechtigt, auftretende Mängel auf Kosten der Gemeinde zu beseitigen.

§ 7 Räum- und Streupflicht

Der Benutzerin/ dem Benutzer obliegt die Räum- und Streupflicht nach der örtlichen Satzung über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege.

§ 8 Hausordnung

Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, eine Hausordnung für die in § 1 Abs. 1 genannten Unterkünfte zu erlassen. Diese ist durch die Benutzerin / den Benutzer zu beachten.

§ 9 Rückgabe der Unterkunft

- (1) Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses hat die Benutzerin/ der Benutzer die Unterkunft vollständig geräumt und sauber zurückzugeben.

- (2) Einrichtungen, mit denen die Benutzerin/ der Benutzer die Unterkunft versehen hat, darf sie/ er wegnehmen, muss dann aber den ursprünglichen Zustand wieder herstellen. Die Gemeinde kann die Ausübung des Wegnahmerechts durch Zahlung einer angemessenen Entschädigung abwenden, es sei denn, dass die Benutzerin / der Benutzer ein berechtigtes Interesse an der Wegnahme hat. Die Obdachlosenbehörde kann zurückgelassene Sachen auf Kosten der bisherigen Benutzer räumen und in Verwahrung nehmen. Werden die in Verwahrung genommenen Sachen spätestens drei Monate nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses nicht abgeholt, wird unwiderleglich vermutet, dass die Benutzerin / der Benutzer das Eigentum daran aufgegeben hat. Soweit die Sachen noch verwertbar sind, werden diese durch die Obdachlosenbehörde verwertet.

§ 10 Haftung und Haftungsausschluss

- (1) Die Benutzer haften vorbehaltlich spezieller Regelungen in dieser Satzung für die von ihnen verursachten Schäden.
- (2) Die Haftung der Gemeinde, ihrer Organe und Bediensteten gegenüber den Benutzern und Besuchern wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Für Schäden, die sich die Benutzer einer Unterkunft bzw. deren Besucher selbst gegenseitig zufügen, übernimmt die Gemeinde keine Haftung.

§ 11 Personenmehrheit als Benutzer

- (1) Wurde das Benutzungsverhältnis für mehrere Personen, die für die Erfüllung von Verbindlichkeiten in einer rechtlichen Zweckgemeinschaft stehen, gemeinsam begründet, so haften diese für alle Verpflichtungen aus diesem als Gesamtschuldner.
- (2) Erklärungen, deren Wirkung eine solche Personenmehrheit berühren, müssen von oder gegenüber allen Benutzern abgegeben werden.
- (3) Jede Benutzerin/ jeder Benutzer muss Tatsachen in der Person oder in dem Verhalten eines Haushaltsangehörigen oder eines Dritten, der sich mit seinem Willen in der Unterkunft aufhält, die das Benutzungsverhältnis berühren oder einen Ersatzanspruch begründen, für und gegen sich gelten lassen.

§ 12 Verwaltungszwang

Räumt eine Benutzerin/ ein Benutzer ihre/ seine Unterkunft nicht, obwohl gegen sie/ ihn eine bestandskräftige oder vorläufige vollstreckbare Räumungs- oder Umsetzungsverfügung vorliegt, so kann die Räumung gemäß § 78 Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz durchgesetzt werden.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 5 Abs. 1 eine Unterkunft benutzt oder die überlassenen Räume zu anderen als Wohnzwecken benutzt,
 2. entgegen § 5 Abs. 2 die zugewiesenen Räume samt dem überlassenen Zubehör nicht pfleglich behandelt und instand hält,
 3. entgegen § 5 Abs. 3 seiner Unterrichtungspflicht nicht nachkommt,
 4. entgegen § 5 Abs. 4 Tiere in der Unterkunft hält,
 5. entgegen § 5 Abs. 4 Kraftfahrzeuge abstellt,
 6. entgegen § 5 Abs. 9 das Beauftragen der Gemeinde Zutritt verwehrt,
 7. entgegen § 6 Abs. 2 seiner Mitteilungspflicht nicht nachkommt,
 8. entgegen § 9 Abs. 1 die Unterkunft nicht ordnungsgemäß übergibt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße gemäß § 17 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, möglichst übersteigen.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ausfertigungsvermerk:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Gemeindevertretung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Roßdorf, den XX.XX.2024
Für den Gemeindevorstand

, Bürgermeister

Bekanntmachungsvermerk:

Die vorstehend ausgefertigte Satzung wurde gemäß § 7 der Hauptsatzung der Gemeinde Roßdorf, durch Abdruck im „Roßdörfer Anzeiger“ vom XX XX 2024 öffentlich bekannt gemacht.

Roßdorf, den XX.XX. 2024
Für den Gemeindevorstand

, Bürgermeister



Beschlussvorlage

Vorlage Nr. I/VL-5/2024

Datum

10.04.2024

Gemeinde Roßdorf

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|--|------------|-----------------|
| Gemeindevorstand | 10.04.2024 | vorberatend |
| Ausschuss für Sport, Kultur und Soziales | 22.04.2024 | vorberatend |
| Haupt - und Finanzausschuss | 23.04.2024 | vorberatend |
| Gemeindevertretung | 26.04.2024 | beschließend |

Betreff:

Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf

Anlage(n):

1. Änderung Gebührensatzung Freibad und Eisbahn

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gebühr der ermäßigten Saisonkarte unter § 3 Ziffer 3.2 der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf wird von 25,00 € auf 45,00 € erhöht.

Begründung:

Durch die Beschlussfassung der Gemeindevertretung in der Sitzung vom 24.03.2023 ist das Gebührengelage der Saisonkarten nicht mehr stimmig. Entsprechend den Einzelkarten (Erwachsene 4,00 € und Ermäßigte 2,00 €) soll die Saisonkarte für Ermäßigte ebenfalls die Hälfte der Gebühr für Erwachsene betragen.

Daher wird vorgeschlagen die Gebühr unter § 3 Ziffer 3.2 der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf von 25,00 € auf 45,00 € zu erhöhen.

Klimaauswirkungen:

Durch den Beschluss sind keine negativen Klimaauswirkungen zu erwarten.

Finanzielle Auswirkung:

Buchungsstelle:

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung: Ja Nein

Zustimmung nach § 100 HGO ist erforderlich: Ja Nein

Norman Zimmermann
Bürgermeister

| | | | | | | |
|----------------|---|-------|---|---------|---|--------------|
| () einstimmig | - | dafür | - | dagegen | - | Enthaltungen |
|----------------|---|-------|---|---------|---|--------------|

1. Änderung der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 Ziff. 6 und 10 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), der §§ 1 bis 6a und 9, 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20.07.2023 (GVBl. S. 582), sowie der Haus- und Badeordnung für das Freibad der Gemeinde Roßdorf vom 24.05.2017 hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Roßdorf am 26.04.2024 folgende 1. Änderung der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf beschlossen:

Artikel I

Die Gebühr der ermäßigten Saisonkarte unter § 3 Ziffer 3.2 der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf wird von 25,00 € auf 45,00 € erhöht.

Artikel II

Die 1. Änderung der Gebührensatzung für das Freibad und die Eisbahn der Gemeinde Roßdorf tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Roßdorf, den 29.04.2024
Für den Gemeindevorstand

Norman Zimmermann, Bürgermeister



Antrag

Antrag Nr. AT-22/2023 1. Ergänzung der Grüne-Fraktion

| | |
|-------|--|
| Datum | 15.12.2023 red. geändert am 21.04.2024 |
|-------|--|

Gemeinde Roßdorf

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|--|------------|-----------------|
| Gemeindevertretung | 15.12.2023 | beschließend |
| Gemeindevertretung | 01.03.2024 | beschließend |
| Ausschuss für Sport, Kultur und Soziales | 22.04.2024 | vorberatend |
| Haupt - und Finanzausschuss | 23.04.2024 | vorberatend |
| Gemeindevertretung | 26.04.2024 | beschließend |

Betreff:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Re-Installierung und Erweiterung Runder Tisch Kinderbetreuung

Anlage(n):

1. Antrag Grüne KiTa-Runder Tisch Kinderbetreuung_redaktionell geändert
2. Antrag Grüne KiTa-Runder Tisch Kinderbetreuung_redaktionell geändert2

Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, den Runden Tisch Kinderbetreuung mindestens 2x jährlich stattfinden zu lassen, bei Bedarf auch häufiger. Im Vorfeld wird eine Tagesordnung verschickt, um eine Vorbereitung zu ermöglichen. Aus den Fraktionen sollen jeweils zwei Personen teilnehmen.

Zudem wird der Personenkreis erweitert:

Es werden zusätzlich die interessierten Elternbeiratsmitglieder der Roßdörfer und Gundernhäuser Kindertagesstätten eingeladen. Außerdem kann eine Vertreterin der Leitungen eingeladen werden. In der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Soziales, die auf den Runden Tisch folgt, wird aus diesem berichtet.

Der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ ist kein Beschlussorgan, sondern dient zum Informationsaustausch und zur Diskussion.

Begründung:

Da die Lage in den Kindertagesstätten auch in absehbarer Zukunft angespannt bleiben wird, soll der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ genutzt werden für Diskussionen, sowie für den Austausch zwischen Politik, Kita-Angestellten und Leitungen sowie den Eltern.

Beim Runden Tisch „Kinderbetreuung“ berichtete bisher die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister den aktuellen Stand zur Kinderbetreuung an Vertreter:innen der Fraktionen; das letzte Mal gab es auch einen Austausch mit den Leitungen der Kindertagesstätten.

Bislang konzentrierte sich der Runde Tisch insbesondere auf die Anzahl freie Plätze in den Kindertagesstätten beziehungsweise den Mangel daran. Ziel dieses Antrags ist es, einen Raum des Austauschs zu schaffen. Es sollen die Perspektiven der Leitungen und der Mitarbeitenden berücksichtigt werden. Um ein ganzheitliches Bild zu erhalten ist es sinnvoll, neu auch die Perspektive der Eltern zu berücksichtigen. Diese kann durch die Erweiterung des Runden Tisches auf die Elternvertretungen erreicht werden. Die Elternvertreter:innen können die Eltern im Vorfeld des Termins über diesen informieren und Themen und Anmerkungen mitnehmen.

Es hat sich klar gezeigt, dass beim Thema Kinderbetreuung ein intensiver, inhaltlicher Austausch eine große Bereicherung bringt.

Für DIE GRÜNEN
Kerstin Schuchmann

| | | | | | | |
|--------------------|---|-------|---|---------|---|--------------|
| () einstimmig | - | dafür | - | dagegen | - | Enthaltungen |
|--------------------|---|-------|---|---------|---|--------------|



**An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
An das Parlamentarische Büro**

Roßdorf 11.12.2023

Sehr geehrte Herren,

Der nachfolgende Antrag soll bitte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung gesetzt werden. Der Antrag soll vorab im SKS beraten werden.

Re-Installierung und Erweiterung Runder Tisch Kinderbetreuung

Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, die Vereinbarung des Ältestenrates aus dem Jahr 2018 zum Runden Tisch „Kinderbetreuung“ einzuhalten. Der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ soll mindestens zweimal jährlich stattfinden, bei Bedarf auch häufiger. Im Vorfeld wird eine Tagesordnung verschickt, um eine Vorbereitung zu ermöglichen. Aus den Fraktionen sollen weiterhin jeweils zwei Personen teilnehmen.

Zudem wird der Personenkreis erweitert: Es werden zusätzlich zu mindestens einer Vertreterin der Leitungen auch die interessierten Elternbeiratsmitglieder der Roßdörfer und Gundernhäuser Kindertagesstätten eingeladen. Außerdem wird das für die Kindertagesstätten zuständige Mitglied des Gemeindevorstands eingeladen, um aus den Elternbeiratssitzungen berichten zu können. Für diesen Zweck wird er oder sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, sofern keine Persönlichkeitsrechte oder Datenschutzbelange betroffen sind.

In der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Soziales, die auf den Runden Tisch folgt, wird aus diesem berichtet.

Der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ ist kein Beschlussorgan, sondern dient zum Informationsaustausch und zur Diskussion.

Begründung

Da die Lage in den Kindertagesstätten auch in absehbarer Zukunft angespannt bleiben wird, soll der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ genutzt werden für Diskussionen, sowie für den Austausch zwischen Politik, Kita-Angestellten und Leitungen sowie den Eltern.

Beim Runden Tisch „Kinderbetreuung“ berichtete bisher die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister den aktuellen Stand zur Kinderbetreuung an Vertreter:innen der Fraktionen; das letzte Mal gab es auch einen Austausch mit den Leitungen der Kindertagesstätten.

Bislang konzentrierte sich der Runde Tisch insbesondere auf die Anzahl freie Plätze in den Kindertagesstätten beziehungsweise den Mangel daran. Ziel dieses Antrags ist es, einen Raum des Austauschs zu schaffen. Es sollen die Perspektiven der Leitungen und der Mitarbeitenden berücksichtigt werden. Um ein ganzheitliches Bild zu erhalten ist es sinnvoll, neu auch die Perspektive der Eltern zu berücksichtigen. Diese kann durch die Erweiterung des Runden Tisches auf die Elternvertretungen erreicht werden. Die Elternvertreter:innen können die Eltern im Vorfeld des Termins über diesen informieren und Themen und Anmerkungen mitnehmen.

Es hat sich klar gezeigt, dass beim Thema Kinderbetreuung ein intensiver, inhaltlicher Austausch eine große Bereicherung bringt.

Mit freundlichen Grüßen

Für DIE GRÜNEN: Kerstin Schuchmann



**An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
An das Parlamentarische Büro**

Roßdorf 21.04.24

Sehr geehrte Herren,

Der nachfolgende Antrag wurde am 15.12.23 durch die Gemeindevertretung beschlossen; anschließend wurde durch den Bürgermeister Widerspruch eingelegt. In Teilen können wir dem Widerspruch folgen und daher einzelne Sätze streichen. Der Antrag ist aufgrund des Widerspruchs bereits auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung und des SKS.

Antrag: Runder Tisch Kinderbetreuung

Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, den Runden Tisch Kinderbetreuung mindestens 2x jährlich stattfinden zu lassen, bei Bedarf auch häufiger. Im Vorfeld wird eine Tagesordnung verschickt, um eine Vorbereitung zu ermöglichen. Aus den Fraktionen sollen jeweils zwei Personen teilnehmen.

Zudem wird der Personenkreis erweitert:

Es werden zusätzlich die interessierten Elternbeiratsmitglieder der Roßdörfer und Gundernhäuser Kindertagesstätten eingeladen. Außerdem kann eine Vertreterin der Leitungen eingeladen werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Soziales, die auf den Runden Tisch folgt, wird aus diesem berichtet.

Der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ ist kein Beschlussorgan, sondern dient zum Informationsaustausch und zur Diskussion.

Begründung

Da die Lage in den Kindertagesstätten auch in absehbarer Zukunft angespannt bleiben wird, soll der Runde Tisch „Kinderbetreuung“ genutzt werden für Diskussionen, sowie für den Austausch zwischen Politik, Kita-Angestellten und Leitungen sowie den Eltern.

Beim Runden Tisch „Kinderbetreuung“ berichtete bisher die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister den aktuellen Stand zur Kinderbetreuung an Vertreter:innen der Fraktionen; das letzte Mal gab es auch einen Austausch mit den Leitungen der Kindertagesstätten.

Bislang konzentrierte sich der Runde Tisch insbesondere auf die Anzahl freie Plätze in den Kindertagesstätten beziehungsweise den Mangel daran. Ziel dieses Antrags ist es, einen Raum des Austauschs zu schaffen. Es sollen die Perspektiven der Leitungen und der Mitarbeitenden berücksichtigt werden. Um ein ganzheitliches Bild zu erhalten ist es sinnvoll, neu auch die Perspektive der Eltern zu berücksichtigen. Diese kann durch die Erweiterung des Runden Tisches auf die Elternvertretungen erreicht werden. Die Elternvertreter:innen können die Eltern im Vorfeld des Termins über diesen informieren und Themen und Anmerkungen mitnehmen.

Es hat sich klar gezeigt, dass beim Thema Kinderbetreuung ein intensiver, inhaltlicher Austausch eine große Bereicherung bringt.

Mit freundlichen Grüßen

Für DIE GRÜNEN: Kerstin Schuchmann